



# Wie die Linke in Europa den boliviarischen Prozess in Venezuela wahrnimmt

Beträchtliche Teile der sozialdemokratischen und sozialistischen Kreise Europas betrachten die seit vier, fünf Jahren laufenden Demokratisierungsprozesse in Lateinamerika mit grosser Skepsis, ja oft mit unverhohlenenem Argwohn. Verstärkt wird diese Skepsis durch die Art, wie in den bekannteren, teilweise als links geltenden Medien Europas (z.B. ›El País‹) insbesondere über die Ereignisse in Venezuela, aber auch in Bolivien und Ecuador berichtet wird. Die Aussagen dieser Medien wiederum sind durch die Informationen der grossen privaten Medien in Venezuela sowie der internationalen Presseagenturen und Zeitungskonglomerate geprägt, die sich im Besitz mächtiger Verlage befinden. Kritische, jedoch um Objektivität bemühte Stimmen, die in mainstream-fernen Medien wie ›Le Monde diplomatique‹, ›Il Manifesto‹, ›Le Courrier‹ oder ›WOZ‹ zu hören sind, kämpfen mit zwei wichtigen Nachteilen, die verhindern, dass sie sich sowohl bei einer breiteren Leser- und Hörerschaft als auch bei einem bedeutenden Teil der Linken genügend Gehör verschaffen können. Einerseits fehlt es ihnen an finanzieller Unterstützung seitens der wirtschaftlich Mächtigen, andererseits – und das scheint mir der entscheidendere Grund zu sein – stehen sie bei vielen Angehörigen der ›gemässigten‹ Linken in Europa im Ruf, bei der Beschreibung und Beurteilung der revolutionären Bewegungen – insbesondere in Lateinamerika – eine unkritische, sektiererische, utopische, träumerische, romantische oder illusionistische Sicht der Dinge zu haben.

---

## Walter Suter

lebt in Bern, seit Januar 2008 Botschafter im Ruhestand, von September 2003 bis August 2007 offizieller Vertreter der Schweiz in Venezuela. Als ehemaliger Mitarbeiter des diplomatischen Dienstes des EDA kennt er Südamerika seit 1970. Seine früheren Einsätze im Kontinent führten ihn nach Argentinien, Uruguay, Chile und Paraguay, wo er Zeuge verschiedener politischer Umwälzungen und Übergangsprozesse wurde. Heute engagiert er sich in der Solidaritätsarbeit zugunsten der Demokratisierungsprozesse in Lateinamerika.

## Enttäuschung über erfolglose Revolutionen

Dieser Vorwurf an die Adresse der progressiven Medien geht häufig einher mit einer Distanzierung von den neuen sozialrevolutionären Bewegungen in Lateinamerika, einer Distanzierung, wie sie



nicht zuletzt bei vielen ehemaligen Solidaritätsaktivisten und Internationalisten zu beobachten ist. Die meisten von ihnen bezeugen im Gespräch zwar eine grundsätzliche Sympathie für die jüngsten Entwicklungen, merken aber gleichzeitig an, die Erfahrungen der vergangenen drei, vier Jahrzehnte hätten sie gelehrt, gegenüber neuen revolutionären Experimenten äusserst vorsichtig zu sein. Die bisherigen, in ihren Augen gescheiterten Revolutionsversuche in verschiedenen lateinamerikanischen Staaten (Bolivien, Peru, Ecuador, Chile, Nicaragua) hätten bei ihnen eine gewisse Ernüchterung und Enttäuschung über die realen Chancen solcher Bewegungen hinterlassen. Dabei wird auch oft auf den Caudillismo der jeweiligen Revolutionsführer hingewiesen, ihre Korruption, Vetternwirtschaft und Unaufrichtigkeit, die eine effektive, nachhaltige Veränderung der Machtstrukturen durch echte Volksbewegungen verhindert hätten. Ehemals sehr engagierte Aktivisten betonen, wie viel Energie sie in die Unterstützung solcher Prozesse investiert hätten, Energie, die ihnen heute aufgrund ihrer gründlichen Desillusionierung fehle. Deshalb vermöchten sie nicht mehr, Enthusiasmus und Elan für ein erneutes Engagement zugunsten der laufenden Prozesse in Lateinamerika aufzubringen.

Solchen Haltungen kann ich einiges Verständnis entgegenbringen, wenn ich bedenke, wie fern uns Europäern Lateinamerika im Grunde ist. Schliesslich spielt dieser Kontinent im globalen Theater der Nationen sowohl politisch als auch wirtschaftlich eine Nebenrolle; die Hauptrollen bleiben nach wie vor den G8-Staaten, der EU und China vorbehalten. Die geringe Anzahl an niedergelassenen Korrespondenten europäischer und us-amerikanischer Medien spricht auch in dieser Beziehung eine deutliche Sprache. Entsprechend fliessen die Nachrichten aus Lateinamerika vergleichsweise spärlich zu uns und sind allen möglichen Manipulationen unterworfen.

### **Gezielte Desinformation als Mittel der Machtpolitik**

Die Wahl von Hugo Chávez 1998 und seine Solidaritätspolitik im südamerikanisch-karibischen Raum haben eine Reihe von revolutionären und sozialreformerischen Bewegungen ausgelöst. Diese haben massgeblich dazu beigetragen, dass in den vergangenen drei, vier Jahren – mit Ausnahme Kolumbiens, das fest im Griff der USA bleibt – nach und nach in allen Ländern Südamerikas und in Nicaragua linke Regierungen gewählt oder wieder gewählt worden sind. Diese erstmalige und ausserordentliche Entwicklung sucht in anderen Kontinenten ihresgleichen. Sie ist vor allem für die Hegemonialmacht USA, aber auch für ei-



nige EU-Mitglieder eine beträchtliche Herausforderung, konnten diese doch in den letzten Jahrzehnten ihre favorisierten neoliberalen Strategien – direkt oder via IWF und Weltbank – dank schwacher oder willfähriger Regierungen ohne grossen Widerstand durchsetzen.

Insbesondere die USA verstehen den venezolanischen Präsidenten Hugo Chávez als Anführer dieser neuen Politik. Er muss ›ausgeschaltet‹ werden. So hat die US-Regierung bereits vor etwa drei Jahren begonnen, dieses Ziel mittels einer besonderen Kommunikationsstrategie zu verfolgen. Planung und Umsetzung hat sie dem an vielen Fronten erfahrenen Experten John Rendon, Inhaber der TRG Rendon Group, übertragen. Rendon ist bereits seit über zwanzig Jahren ›erfolgreich‹ für das US-State Department und das Pentagon tätig. Mittels einer systematischen Desinformation hat er die Medien massiv beeinflusst und mitgeholfen, für die militärischen Invasionen in Grenada, Panamá und im Irak bei einer breiteren Öffentlichkeit und bei PolitikerInnen eine zumindest verhaltene Zustimmung zu erwirken und den bewaffneten Aggressionen eine gewisse Legitimität zu verleihen.

Die Verunglimpfungen von Chávez und die Bemühungen, ihn in den internationalen Medien in die Nähe von FARC-Rebellen zu rücken und damit als Komplizen von ›Terroristen‹ hinzustellen, verfolgen das offensichtliche Ziel, den Boden für eine militärische Aktion von aussen oder einen bewaffneten Aufstand im Innern Venezuelas vorzubereiten. Es bedarf keines Konspirationswahns, um der US-Regierung solche Absichten zu unterstellen. Im jüngsten Verhalten von George W. Bush sind deutliche ›Fin de règne‹-Indizien auszumachen, die darauf hinweisen, dass er dazu tendiert, seine zwei zur Neige gehenden erfolgreichen Amtszeiten mit spektakulären Machtdemonstrationen – zum Beispiel im Iran und neuerdings eben in Venezuela – abzuschliessen, um schliesslich doch noch mit dem Prädikat des entschlossenen und starken US-Präsidenten in die Geschichtsbücher einzugehen. Der venezolanischen Regierung ihrerseits ist es laut Präsident Chávez bis heute nicht gelungen, eine Kommunikationspolitik zu etablieren, die jener der USA wirksam entgegentreten könnte.

### **Mut zum Versuch, mit anderen Augen zu sehen**

Die massive Beeinflussung der Öffentlichkeit durch die (fern)gelenkten internationalen Medien schlägt sich logischerweise auch in der Wahrnehmung des venezolanischen Prozesses in Europa nieder. Wer nicht über Kenntnisse und Erfahrungen aus eigenem Erleben verfügt, bleibt notgedrungen auf die stark gefärbte Medienberichterstattung angewie-



sen und erhält so nicht nur ein unvollständiges, sondern auch ein stark verzerrtes und aus vielen Halbwahrheiten gezimmertes Bild der tatsächlichen Lage in Venezuela. Allerdings gehe ich davon aus, dass sich die linken Intellektuellen Europas als aufgeschlossene und weitsichtige StaatsbürgerInnen der Gefahr einer Beeinflussung durch die Medien bewusst sind. Ich denke deshalb, dass deren Skepsis gegenüber dem boliviarischen Prozess in Venezuela auch noch andere Gründe hat.

Manche dürften eine gewisse Scham und Hemmung empfinden, Sympathie mit einer revolutionären Entwicklung zu bekunden, die von einem Ex-Militär eingeleitet wurde und vorangetrieben wird. Andere mögen befürchten, in die Ecke der Ewiggestrigen und der in Orthodoxie und Sozialromantik verharrenden Alt-Linken gestellt zu werden. Die ›gemässigten‹ Linken betrachten sich ja oft als die echten progressistischen Kräfte, weil sie ›aufgeschlossen‹, ›modern‹ und ›realitätsbezogen‹ sind. Und da haben Begriffe wie ›sozialistisch‹, ›antikapitalistisch‹ und ›antiimperialistisch‹, die zum alltäglichen Vokabular der venezolanischen Revolution gehören und als treffende Ausdrücke die Essenz des Sozialismus umschreiben, keinen Platz. Viele in der ›gemässigten‹ Linken erliegen wohl auch der Versuchung, eine angepasste und mehrheitsfähige Meinung zu vertreten, mit der sie nicht anecken und im ›Establishment‹ verbleiben können. Sie möchten nicht zu den ›Randständigen‹ und ›Ausgeschlossenen‹ der Politik zählen. Dass sie mit einer solchen Haltung die Identität des engagierten und solidarischen Kämpfers für soziale Gerechtigkeit stark verwässern, steht auf einem anderen Blatt.

Schliesslich gehorchen Skepsis und Ablehnung gegenüber den Entwicklungen in Venezuela auch ethnozentrischen Reflexen, die viele Europäer – und eben auch grosse Teile der Linken – am Versuch hindern, diesen Prozess von innen heraus, gewissermassen mit lateinamerikanischen Augen zu betrachten. Würden sie es wagen, hätten sie die Chance zu erkennen, dass diese und andere Revolutionen, die zur Zeit in Lateinamerika stattfinden, vor einem historischen und sozio-kulturellen Hintergrund ablaufen, der in keiner Weise mit der heutigen Situation in Europa zu vergleichen ist. Es geht um die Befreiung aus 500 Jahren Kolonialismus, Neokolonialismus, Autoritarismus und Vertikalismus. Die revolutionären Befreiungsprozesse und insbesondere die Einführung der partizipativen Demokratie geben den Menschen in Venezuela zum ersten Mal in ihrer Geschichte Gelegenheit, ihre Zukunft in die eigenen Hände zu nehmen und als Subjekte des Staates nunmehr solidarisch mit ihren Nachbarn und Mitbürgern in Tausenden von Consejos comunales über die Gestaltung ihrer Gemeinschaft mitzubestimmen. Dass die früher Benachteiligten und Ausgeschlossenen im Lande dank

der Sozialreformen im Gesundheits- und Bildungsbereich nunmehr klar an Selbstwertgefühl und Selbstbewusstsein gewonnen haben und sich als Menschen ernst genommen fühlen, wird niemand übersehen, der die Situation vor Ort kennt.

Ich wünsche den Linken in Europa, dass sie den Mut haben, sich diesen in vielerlei Beziehung aussergewöhnlichen Prozess und die friedliche Revolution, die wahrhaft der Armutsbekämpfung und der Verminderung sozialer Ungerechtigkeiten dient, näher anzusehen und sich ein eigenes Urteil darüber zu bilden. Es lohnt sich, der Indoktrinierung durch die Berichterstattung mächtiger Massenmedien den Rücken zu kehren, sich ein unabhängiges Urteil zu bilden und wieder den aufrechten Gang als Linker zu üben.